

NZZ am Sonntag

Terroranschlag

Massaker mit Ansage – und der deutsche Staat schaut zu

Es gibt zu viele Ungereimtheiten nach dem furchterlichen Terroranschlag in Berlin. Warum brauchte die Polizei so lange, um Dokumente und Mobiltelefon des mutmasslichen Täters Anis Amri zu finden? Und warum war der Platz nicht gegen eine Attacke gesichert? Das alles ist unbegreiflich. Noch schlimmer ist aber die Erkenntnis, dass Amri – seit seiner Jugend ein notorischer Krimineller – während fünfeinhalb Jahren in Europa leben konnte und keine Behörde das einzig Richtige tat: ihn umgehend in seine Heimat Tunesien zurückschicken. Seine Gastländer, erst Italien, dann Deutschland, unternahmen zwar halbherzige Versuche, ihn auszuschaffen. Aber Tunesien weigerte sich, Amri zu akzeptieren. Man liess ihn auf freiem Fuss, obwohl er sich aktenkundig radikalisiert hatte, gewaltbereit war und sich gar als Selbstmordattentäter angeboten hatte. Inzwischen fordern rechte Parteien in ganz Europa schärfere Gesetze im Umgang mit kriminellen Flüchtlingen. Das geht aber am Kern des Problems vorbei. Es gibt die Gesetze, die Behörden setzen sie aber nicht um. Deutschland etwa hätte Amri für lange Zeit in Ausschaffungshaft nehmen können. Das ist jedoch unterblieben. Damit hat der deutsche Staat bei seiner primären, ureigenen Aufgabe versagt, nämlich für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen. (maz.)

Banken in den USA

Eine verunsicherte Branche tankt Selbstvertrauen

Die Raiffeisen-Gruppe und die Privatbank Vontobel haben diese Woche den Steuerstreit mit den USA beendet. Sie müssen keine Busse bezahlen. Das ist nach Jahren, in denen sich Banken oft in vorauseilendem Gehorsam schuldig bekannten und Deals aushandelten, eine gute Nachricht. Raiffeisen und Vontobel waren sich sicher, im Geschäft mit amerikanischen Kunden keine Vorschriften verletzt zu haben. Und sie vertrauten darauf, dass es keinem Staatsanwalt in Washington oder New York gelingen würde, ihnen das Gegenteil zu beweisen. Das kalkulierte Risiko hat sich gelohnt. Es ist eben doch nicht so, dass das US-Justizministerium mit der Drohung einer existenzgefährdenden Strafklage alles durchsetzen kann. Auch in den USA werden Ermittlern durch Gesetze und unabhängig agierende Richter klare Grenzen gesetzt. Vielleicht gibt es jetzt einzelne Banken, die sich darüber ärgern, im Steuerstreit Bussen bezahlt zu haben. Allzu viele dürften es nicht sein. Denn eine erschreckend hohe Zahl hat im Umgang mit un versteuerten Geldern aus den USA tatsächlich Fehler gemacht. Aber Raiffeisen und Vontobel lassen auf ein normales Verhältnis der beiden Finanzplätze Schweiz und USA in der Zukunft hoffen. (smb.)

Weisse Weihnachten

Das verklärte Fest

Erneut erleben wir grüne Weihnachten, zum sechsten Mal hintereinander. Alljährlich wird gejammert, wie schön früher die Bescherung im Schnee gewesen sei. Dabei waren weisse Weihnachten im Flachland schon immer eher die Ausnahme. Jeder Meteorologe bestätigt das. Aber natürlich verweigern wir uns diesem Fakt, wie wir auch sonst das ganze Fest verklären. In unseren Träumen verbringen wir besinnliche Stunden mit der Familie, singen «Leise rieselt der Schnee» und gedenken der Geburt Jesu. In Wahrheit hetzen wir durch die Stadt, um ein Haushaltgerät einpacken zu lassen, streiten uns beim Fondue chinoise und sind froh, wenn alles vorbei ist. Wer etwas daran ändern will, kann heute damit beginnen. Nur das Wetter ist, wie es ist. (dme.)

Chappatte



(* Fröhliche Weihnachten für alle!
Ausser für all diese erbärmlichen Verlierer. So traurig.)

Chappatte

Der externe Standpunkt

Die ETH Zürich kann noch viel mehr tun für eine bessere Welt

Sie ist eine Hochschule mit exzellentem Ruf. Gerade deshalb sollte die ETH Zürich ihren Wissenstransfer nicht nur der Wirtschaft, sondern der ganzen Gesellschaft zugutekommen lassen, meint Beat Gerber

Wer die ETH Zürich kritisiert, kratzt am Lack einer Schweizer Institution von Weltruf. Die ETH gilt als beste kontinental-europäische Universität, in den wichtigsten Rankings ist sie unter den ersten zehn platziert. Was der ETH fehlt, ist eine couragierte Vision, wie das hier erforschte und gelehrt Wissen besser der Allgemeinheit dienen könnte. Bisher ist es der Wissenschaft nicht gelungen, umsetzbare Lösungen für globale Themen wie Klimawandel, Energie und Ernährung in die Gesellschaft zu tragen. Die Forschung ist im Umbruch, sie bewegt sich weg vom Geniekult um einsame Laborhelden hin zu fachübergreifenden Teams. Aufwind haben neue Entwicklungen wie öffentlich verfügbare Daten aus Experimenten (Open Data), Einbezug der Bürger in die Forschung (Participation) und rundum zugängliche Publikationen (Open Access). Dieser Wandel bietet auch der ETH Zürich Chancen, ihren präntösen Geist anzupassen. Die renommierte Institution könnte mehr tun, um Wissenschaft global gerechter und sozial wirksamer zu machen.

Im Weiteren sind scheinbare akademische Gewissheiten zu hinterfragen: Das neutrale, wertfreie Wissen, die ganzheitliche Wissenschaft – bei faktisch fortschreitendem Spezialistentum – und die Unabhängigkeit der gesponserten Forschung sind etwa Mythen, die sich beharrlich halten. Am ETH-Lehrstuhl für Nachhaltige Agrarökosysteme, bezahlt vom Agrochemiekonzern Syngenta, werden bestimmt andere Fragestellungen untersucht, als wenn der Lehrstuhl öffentlich finanziert wäre. Gewisse Themen werden vermutlich ausgeklammert.

Der Forschung bläst derzeit ein kühler Wind entgegen. Schrumpfende Budgets (ausser in der Schweiz) und wissenschaftsfeindliche Strömungen heben kaum die universitäre Stimmung. Die wachsende Ungleichheit zwischen Nord und Süd als primäre Ursache von Arbeitslosigkeit, Kriegen, Flüchtlingsströmen und Terror hat sich

weiter akzentuiert. Auch die Hochschulen des Nordens sind gefordert. Keinesfalls sollten sie wie bisher ihr westlich zentriertes Wissen ungefiltert an die Schwesterinstitutionen des Südens transferieren, sondern dort solidarisch mithelfen, eine indigene Wissenschaft aufzubauen. Nur so kann in Entwicklungsländern eine stabile Wirtschaft mit dauerhaften Arbeitsplätzen entstehen.

Die Universitäten des Nordens spielen beim Ausgleich der weltweiten Ungleichheit eine Schlüsselrolle. Ihr Profil müssen sie jedoch den veränderten Gegebenheiten anpassen. Dazu vier wichtige Punkte für eine Hochschule, die einer gerechteren globalen Zukunft nachleben will:

1. An den Tisch der Mächtigen! Mit andern Spitzenuniversitäten zusammen soll eine akademische Plattform aufgebaut werden, die Regierungen und Staatenbünde bei wichtigen politischen Entscheiden berät und beeinflusst, indem massgebliche For-

schungsergebnisse in den jeweiligen Entscheidungsprozess einfließen.

2. Solidarität mit dem Süden! Förderung der Zusammenarbeit mit Universitäten in ärmeren Staaten, um sie bei der Erforschung und Anwendung von einheimischem Wissen zu unterstützen, auch wenn keine grossen wissenschaftlichen Verdienste zu erwarten sind. Auf der Karte der internationalen Kooperationen der ETH Zürich gibt es viele vernachlässigte, schwarze Löcher.

3. Bewusstseinsbildung im eigenen Haus! Umfassende Eingliederung des kritischen Denkens und Dialogs in sämtliche Studiengänge, mit Prüfungspflicht. Soziale, kommunikative und interkulturelle Kompetenzen sind den fachlichen Fähigkeiten gleichzusetzen. Substantielle Förderung der Forschung zwischen und über die Fächer hinweg.

4. Haltung manifestieren! Durch konsequente Positionen kann eine Hochschule ihre Glaubwürdigkeit und ihren Einfluss stärken: etwa durch Verzicht auf Forschungsgelder von korrupten und umweltschädigenden Unternehmen oder Organisationen. Mehrere bekannte Universitäten wie Oxford, Cambridge oder Yale unterstützen die internationale Fossil-Free-Kampagne und lösen finanzielle Beteiligungen auf, die zur Erforschung und Ausbeutung fossiler Energie-reserven vorgesehen sind.

Grosse Universitäten wie die ETH Zürich verfügen über ein immenses Weltwissen. Auf solch privilegierten und gut dotierten Institutionen ruht die Hoffnung, dass sie in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Hochschulen des Südens einer heute verunsicherten Welt sinnvolle Perspektiven aufzeigen können – und zwar in den unzähligen Gebieten, die mit Wissenschaft verknüpft sind. Wer kann dies denn sonst noch leisten? Weder die Politik noch die Wirtschaft sind derzeit dazu fähig.

Beat Gerber



Beat Gerber, 67, studierte an der ETH Zürich Bauingenieur und wurde später Wissenschaftsjournalist. Bis zu seiner Pensionierung 2014 wirkte er als Öffentlichkeitsreferent des ETH-Präsidenten. Seine Streitschrift «An den Tisch der Mächtigen! Für einen beherzten Geist der ETH Zürich» ist erhältlich über www.dot-on-the-i.ch.